

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
HAUPT- UND  
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
03. HuFA 2014-2020  
Sitzungsdatum:  
19.11.2014**

**Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 19.11.2014

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Haupt- und Finanzausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.10.2014
2. Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg 2015  
hier: Bestellung neuer Mitglieder und persönlicher Vertreter in die Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises
3. Antrag der pro multis gGmbH:Finanzierung des Trägeranteils für die 3. Gruppe im Ersatzneubau für die Kindertageseinrichtung Tigerentenhaus in der Marienstr. 15
4. Bebauungsplan Nr. 36 - Roermonder Straße Nord - 2. vereinfachte Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -  
hier: erweiterter Aufstellungsbeschluss
6. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 27. Oktober 2014 betr. Niederschlagswassergebühren von übergeordneten Straßenbaulastträgern
7. Gebührenkalkulationen für das Jahr 2015 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen
8. 9. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
9. 3. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-
10. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2015
11. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2015

- 12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
- 14. Grundstücksangelegenheiten
  - 14.1. Veräußerung der Liegenschaft Hauptschule Friedensstraße
  - 14.2. Veräußerung der Liegenschaft "Altes Rathaus", Marktplatz
  - 14.3. Veräußerung von Teilflächen der Grundstücke Flur 10 Nr. 1417 und 1505
  - 14.4. Veräußerung einer Teilfläche Flur 10, Flurstück 1659 zur Errichtung von fünf Garagen
  - 14.5. Veräußerung einer Teilfläche des Grundstücks Flur 18, Flurstück 212, Am-selweg
  - 14.6. Veräußerung des Grundstücks Flur 4 Flurstück 1234 (Carl-Alexander-Straße)
  - 14.7. Veräußerung verschiedener Grundstücke im Gewerbegebiet David-Hansemann-Straße
  - 14.8. Veräußerung des Grundstückes Flur 17 Nr. 249, Talstraße
  - 14.9. Veräußerung eines Gewerbegrundstücks in einer Größe von rd. 75.000 qm im Gewerbegebiet Weißenhaus
  - 14.10. Veräußerung eines Gewerbegrundstückes in einer Größe von rd. 90.500 im Gewerbe- u. Industriegebiet Holthausen-Nord
  - 14.11. Veräußerung eines Gewerbegrundstückes an der Talstraße, Flur 13 Nr. 126 und Nr. 127
- 15. Personalangelegenheit
  - 15.1. Höhergruppierung eines Beschäftigten
  - 15.2. Ernennung eines Stadtoberamtsrates zum Stadtverwaltungsrat
- 16. Erweiterungen zur Tagesordnung
  - 16.1. Veräußerung eines Grundstückes im Gewerbegebiet Weißenhaus, Flur 13, Nrn. 12/1 z.T. und 286 z.T.
- 17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 17.1. Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr René Langa	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

**Bürgermeister**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

**Verwaltungsbedienstete**

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz  
Herr Kämmerer Björn Beeck  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek  
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder  
Herr Jurist Marius Claßen

**Schriftführerin**

Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Er wies auf die vorgesehene Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 16.1 „Veräußerung eines Grundstückes im Gewerbegebiet Weißenhaus, Flur 13, Nrn. 12/1 z.T. und 286 z.T.“ hin.

**Stadtverordneter Weißborn** beantragte, wie auch in der Vergangenheit üblich, die Tagesordnungspunkte 10 „Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2015“ und 11 „Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2015“ heute nicht zu beraten und in den Rat zu vertagen. Änderungsanträge zum Haushalt sollten jedoch, wie üblich, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgebracht werden.

**Stadtverordneter G. Gudduschat** teilte mit, dass die CDU-Fraktion diesem Vorschlag nichts entgegenzusetzen habe.

Über die genannten Änderungen wurde einvernehmlich abgestimmt.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.10.2014**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.10.2014 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

2 **Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg 2015  
hier: Bestellung neuer Mitglieder und persönlicher Vertreter in die Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises**

---

**Stadtverordneter G. Gudduschat** schlug vor, die jetzigen Mitglieder der Auswahlkommission wiederzuwählen.

**Stadtverordneter Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem Vorschlag anschließe.

**Beschlussempfehlung:**

**Folgende Personen werden wieder in die Auswahlkommission berufen:**

1. Herr Oliver Walther
2. Herr Hanns-Paul Jouck
3. Frau Hedi Klee

**Folgende Personen werden wieder als persönliche Vertreter berufen:**

1. Frau Norma Kuhlmeiy
2. Herr Hans Krupp
3. Frau Uschi Zantis

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

3 **Antrag der pro multis gGmbH: Finanzierung des Trägeranteils für die 3. Gruppe im Ersatzneubau für die Kindertageseinrichtung Tigerentenhaus in der Marienstr. 15**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass der vorberatende Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales einstimmig eine geänderte Beschlussempfehlung gefasst hat und verlas diese.

**Stadtverordneter Reißmayer** erkundigte sich, warum die Stadt Übach-Palenberg

zur Kasse gebeten werde. Aufgrund der Nachfrage gebe es einen U3-Bedarf, dessen Notwendigkeit auch der Kreis signalisiert habe. Wieso lehne das Bischöfliche Generalvikariat die Förderung ab?

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass für den Träger der Kindertagesstätte Tigergartenhaus, pro multis, das Bischöfliche Generalvikariat zuständig sei. Dieses habe festgelegt nur 115 U3-Gruppen zu fördern. Die 3. Gruppe in Marienberg sei jedoch die 116. oder 117. Gruppe, sodass der Trägeranteil nicht vom Bischöflichen Generalvikariat finanziert werde. Pro multis habe daher für die Kindergartenjahre 2014/2015 und 2015/2016 die Übernahme des Trägeranteils bei der Stadt beantragt. Die benötigte Summe stehe allerdings noch nicht fest, da die Gruppengröße noch nicht beziffert sei. Wenn es zu Veränderungen im Bereich der Gruppengröße käme, könnte es auch sein, dass die Gruppe gar nicht mehr gefördert werden müsse. Man warte derzeit noch auf die genauen Zahlen.

**Stadtverordneter Weißborn** dankte für den Hinweis des Bürgermeisters und erklärte, dass die SPD-Fraktion auf die Aussage der Verwaltung vertraue und der Beschlussempfehlung folgen werde. Er merkte jedoch an, dass er trotzdem bei dieser Angelegenheit Bauchschmerzen habe. Pro multis sei bekanntlich kein armer Träger. Im Gegensatz zu der Stadt Übach-Palenberg erwirtschaftete die Kirche jährlich einen Überschuss. Er hoffe, dass mit der Zustimmung zu dem Antrag kein Präzedenzfall geschaffen werde.

**Stadtverordneter Reißmayer** sagte, dass er gerne die Beschlussempfehlung ändern möchte. Er schlug vor zu ergänzen, dass die Zustimmung zu dem Antrag zur Finanzierung des Trägeranteils eine einmalige Sache sei. Es müsse aus der Beschlussfassung erkenntlich sein, dass es ein Sonderfall ist.

**Erster Stadtbeigeordneter Mainz** erklärte, dass die Förderung auf einen 2-Jahreszeitraum befristet sei.

**Stadtverordneter Reißmayer** erwiderte, dass dies aber nur die zeitliche Förderung der Maßnahme betreffe.

**Bürgermeister Jungnitsch** teilte mit, dass der Wunsch des Stadtverordneten Reißmayer in das Protokoll aufgenommen werde, eine Beschlussänderung sei nicht notwendig.

**Stadtverordnete Weinhhold** sagte, dass die UWG der Beschlussempfehlung zustimmen werde. Sie erkundigte sich, was nach den zwei Jahren sei.

**Erster Stadtbeigeordneter Mainz** antwortete, dass nach zwei Jahren das Bischöfliche Generalvikariat die Finanzierungsregelung neu ordne und dann die Finanzierung des Trägeranteils für die 3. Gruppe übernehme.

### **Beschlussempfehlung:**

**Dem Antrag für die Kindergartenjahre 2014/2015 und 2015/2016 wird unter der Bedingung zugestimmt, dass die Maßnahme von der Bezirksregierung genehmigt und die zahlenmäßige Abstimmung vom Kreisjugendamt bestätigt wird.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

- 4 **Bebauungsplan Nr. 36 - Roermonder Straße Nord - 2. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss**
- 

**Beschlussempfehlung:**

Der Aufstellungsbeschluss zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 – Roermonder Straße Nord – im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB wird gefasst.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

- 5 **Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I - hier: erweiterter Aufstellungsbeschluss**
- 

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass der vorangegangenen Sondersitzung des Ausschusses für Bauen, Sicherheit und Ordnung einstimmig eine geänderte Beschlussempfehlung gefasst wurde. Er verlas die geänderte Beschlussempfehlung.

**Beschlussempfehlung:**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 114 Beyelsfeld I wird um die dargestellten Flächen im nord-westlichen Bereich erweitert, um einen weiteren Anschlusspunkt an die Conneallee realisieren zu können. Die Verwaltung wird beauftragt, in den noch zu erstellenden Entwurf des städtebaulichen Erschließungsvertrages mit der S-Bauland GmbH aufzunehmen, dass diese sicherzustellen hat, dass der Baustellenverkehr zur Erschließung des Baugebietes vorbehaltlich der notwendigen Genehmigungen ausschließlich über den noch zu ertüchtigenden Wirtschaftsweg Richtung Friedensstraße zu erfolgen hat."

Der geänderte Planentwurf soll im Rahmen der Einwohnerversammlung der Bevölkerung erläutert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

- 6 **Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 27. Oktober 2014 betr. Niederschlagswassergebühren von übergeordneten Straßenbaulastträgern**
- 

**Stadtverordneter Weißborn** verwies auf den Antrag, den alle Ausschussmitglieder vorliegen hatten. Er erklärte, dass sich der Antrag aufgrund ausführlicher Gespräche mit der Kämmerei relativiert habe. Die im Antrag genannten Niederschlagswas-

sergebühren seien bereits in die innere Verrechnung eingeflossen. Der Antrag sei damit gegenstandslos geworden. Er bat darum, trotzdem Gebühren rückwirkend soweit wie möglich zurückzunehmen.

**7 Gebührenkalkulationen für das Jahr 2015 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen**

---

**Stadtverordneter G. Gudduschat** teilte mit, dass die CDU der Beschlussempfehlung in dem Wissen zustimmen werde, dass von den genannten Gebühren nur eine Erhöhung im Bereich des Bestattungswesens erfolge.

**Stadtverordneter Rißmayer** erklärte, dass auch die Grünen die Gebührenkalkulation zustimmend zur Kenntnis genommen haben. Die Fraktion habe vorab zwei Nachfragen zu den Themen Bioabfallsammlung /-entsorgung und Altmetallsammlung/ -entsorgung gehabt, die Kämmerer Beeck ausführlich beantwortet habe. Bezüglich der Bioabfallsammlung/ -entsorgung bat er die Verwaltung, weiterhin konsequent alternative Lösungen zu prüfen. Bezüglich der Altmetallsammlung/ -entsorgung bat zu prüfen, ob die Einrichtung einer Sammelstelle am Bauhof sinnvoll und möglich wäre, damit wertvolle Altmetalle nicht mehr von „Altmetallabgreifern“ illegal abgegriffen werden können und stattdessen die Stadt Übach-Palenberg von dem Verkauf profitieren könne.

**Stadtverordneter Weißborn** sagte, dass auch die SPD vorab Fragen zum Gebührenhaushalt gestellt habe. Kämmerer Beeck habe diese sehr gut beantwortet und erklärt. Es gebe die rechtliche Verpflichtung, dass der Gebührenhaushalt der Stadt Übach-Palenberg innerhalb von vier Jahren ausgeglichen sein muss. Kostenüberdeckungen und Kostenunterdeckungen könnten daher nicht den Gebührenzahlern vorenthalten werden.

**Stadtverordnete Weinhold** teilte mit, dass auch die UWG der Gebührenkalkulation zustimme. Sie bat darum, die alten Friedhofsgebühren den neuen Friedhofsgebühren gegenüberzustellen, wenn dies nicht mit allzu viel Arbeit verbunden sei.

**Kämmerer Beeck** sagte, dass er die Gegenüberstellung erstellen und dem Protokoll als Anlage beifügen werde.

Die Gegenüberstellung ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

**Beschlussempfehlung:**

**Die für das Jahr 2015 gefertigten Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen**

- a) **Straßenreinigung,**
- b) **Stadtentwässerung,**
- c) **Abfallbeseitigung,**
- d) **Bestattungswesen,**

**werden zustimmend zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

- 8 **9. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg**
- 

**Beschlussempfehlung:**

Die als Anlage beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

- 9 **3. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-**
- 

**Kämmerer Beeck** teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt obsolet sei. Die geplante Grundsteuer B Erhöhung könne zurückgezogen werden. Er erklärte, dass die Verwaltung mittels Ratsbeschluss beauftragt worden sei, die Kreismusikschule zu erhalten, deren Schließung eigentlich eine Maßnahme des Haushaltssanierungsplanes war. Stattdessen sollte die Verwaltung Alternativen für die Erreichung des Haushaltssanierungsplanzieles erarbeiten. Da anfangs keine erfolgreiche Alternative gefunden wurde, war im Haushaltsentwurf seitens der Stadtverwaltung eine entsprechende Grundsteuer B Erhöhung eingeplant worden. In der Zwischenzeit habe die Stadtverwaltung den verbleibenden eingeplanten Konsolidierungsbetrag jedoch mit Einsparungen im Bereich der Straßenbeleuchtung kompensieren können, daher müsse die Grundsteuer B nicht angehoben werden.

**Stadtverordneter G. Gudduschat** sagte, dass dies eine erfreuliche Nachricht sei.

**Stadtverordneter Reißmayer** freute sich über die Nachricht und sagte, dass das letzte Mal vor zwei oder drei Jahren mitgeteilt wurde, wie sich ein Hebesatzpunkt bei der Grundsteuer B auswirken würde. Er habe in Erinnerung, dass der Wert damals bei circa 6800 Euro gelegen habe. Er bat die Verwaltung um eine aktualisierte Darstellung.

**Kämmerer Beeck** sagte, dass er die Information dem Protokoll beifügen werde.

Die Berechnung der Auswirkung eines Hebesatzpunktes bei der Grundsteuer B ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

- 10 **Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2015**
- 

**Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung an den Rat verwiesen.**

## 11 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2015

---

**Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung an den Rat verwiesen.**

**Stadtverordneter Weißborn** teilte mit, dass die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag habe. Die Einnahmen sowie die Ausgaben der Maßnahme Röchlingstraße sollen aus der Investitionsliste rausgenommen werden.

**Stadtverordneter G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion habe keine Änderungsanträge. Sie werde dem vorliegenden Haushaltsentwurf so zustimmen.

**Stadtverordneter Reißmayer** sagte, dass es seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen zur Haushaltssatzung gebe. Diese werde man jedoch außerhalb der heutigen Sitzung bis zur Sitzung des Rates noch klären.

## 12 Erweiterungen zur Tagesordnung

---

**Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.**

## 13 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

---

**Bürgermeister Jungnitsch** teilte mit, dass die Verwaltung allen Fraktionsvorsitzenden und Ausschussvorsitzenden den Sitzungskalender für das Jahr 2015 zur Abstimmung übersendet habe.

**Stadtverwaltungsrat Schröder** ergänzte, dass in der kommenden Ratssitzung die endgültige Fassung des Sitzungskalenders auch an alle Stadtverordneten verteilt werde.

**Bürgermeister Jungnitsch** schloss um 18.23 Uhr die öffentliche Sitzung.

Jungnitsch  
Bürgermeister

Gündling  
Schriftführerin